

## Das Ländle will einen Imagewechsel

Liechtenstein will sein Image als unkooperative Steueroase loswerden. Dies sagte der designierte Regierungschef Klaus Tschüscher gestern bei der Vorstellung seiner Legislaturziele.

Vaduz. – «Wir haben vergangenen Juni einen Verhandlungsabschluss erzielt, der bei Steuerbetrug umfassende Amtshilfe vorsieht und der für die Amtshilfe in der Steuerhinterziehung den Weg über bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen aufzeigt», sagte Klaus Tschüscher gestern mit Bezug auf das mit der EU auszuhandelnde Betrugsbekämpfungsabkommen. Zu den Nachverhandlungsforderungen des EU-Ministerrates meinte der designierte Regierungschef: «Ich kann mir durchaus eine Vertragslösung auf EU-Ebene vorstellen, welche durch einen kooperativen Ansatz die Steuerflucht verhindert und einen fairen Wettbewerb durch die Abschaffung der Doppelbesteuerung herstellt.»

Es sei jetzt ohne Wenn und Aber notwendig, von diesem «Image der unkooperativen Steueroase wegzukommen», betonte Tschüscher. Vor allem mit Deutschland will er den Dialog suchen. Aber auch der gesamten EU bietet Tschüscher weitere Verhandlungsbereitschaft in der Steuerfrage an. Ziel sei ein Betrugsabkommen, wie es die Schweiz mit der EU ausgehandelt habe. Liechtenstein war vor Jahresfrist durch die Eskalation des Steuerstreits mit Deutschland in den Ruf geraten, aktiv Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu leisten.

### Wettbewerbsfähigkeit stärken

Zu einem weiteren Schwerpunkt der Regierungspolitik für die nächsten vier Jahre gehört laut Tschüscher die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes sowie des Wirtschaftsstandortes Liechtenstein. Über 40 Prozent der Beschäftigten arbeiten heute in der Industrieproduktion und Güterherstellung, sagte er weiter. Dies habe für das Bruttosozialprodukt des Fürstentums die grösste Bedeutung. Das Land lebe vor allem vom Export. (ap)

# Kanton macht für Fusion 3,8 Millionen Franken locker

**Cazis und die vier Gemeinden am Ausserrhodenerberg steuern auf eine gemeinsame Zukunft zu. Für den Kanton wäre der Zusammenschluss «optimal».**

Von Jano Felice Pajarola

Cazis. – Simon Theus, Gemeindeberater beim kantonalen Amt für Gemeinden, konnte die «frohe Botschaft» am Dienstagabend an der ersten öffentlichen Informationsversammlung zum Fusionsprojekt Ausserrhodenerberg in Cazis überbringen: Mit insgesamt 3,8 Millionen Franken würde der Kanton den geplanten Zusammenschluss der Gemeinden Cazis, Portein, Präz, Sarn und Tartar unterstützen. Die von der Regierung eben erst festgelegte Summe setzt sich vor allem aus einer Förderpauschale von 1,75 Millionen, einem Steuerfussausgleich von 1,9 Millionen und einem Bonus von 0,5 Millionen Franken für einen «optimalen Perimeter» zusammen, wie Theus erklärte. «Das ist eine grosszügige Lösung», so Theus, zumal die fusionierte Gemeinde auch noch vom allfälligen Neuen Finanzausgleich profitieren würde und damit «den Fünfer und das Weggli» bekäme.

### Zur Sicherheit ein Quorum

Die Regierung knüpft an ihre Grosszügigkeit jedoch Bedingungen: Laut Theus muss die Fusion dieses Jahr beschlossen werden – und für die volle Summe müssen alle fünf Gemeinden mitmachen. Ob das klappt, zeigt sich an den im Juni angesetzten Gemeindeversammlungen, die über den noch zu erarbeitenden Fusionsvertrag entscheiden. In Kraft treten könnte die Fusion auf den 1. Januar 2010 hin. In den Vertrag integrieren will man übrigens ein Quorum: Eine – kleinere – Fusion soll auch zustande kommen, falls nur Cazis und mindestens eine weitere Gemeinde Ja sagen.



**Breit abgestützt:** Das Fusions-Projektteam mit den Cazner Vertretern Melchior Brot und Mario Kollegger (von rechts) präsentiert seinen Schlussbericht.

Bild Jano Felice Pajarola

Was bereits jetzt bekannt ist, sind die am Dienstag präsentierten Ergebnisse der Vorarbeiten, die ein Projektteam in den letzten Monaten geleistet hat. Zum Team, das von Churer Fusionspezialisten koordiniert wird, gehören zwei Vertreter pro Gemeinde.

### Anfangs ein Siebnervorstand

Die neue Gemeinde – sie würde Cazis heissen und auch das Cazner Wappen mit dem heiligen Martin übernehmen – hätte gut 2000 Einwohner und wäre 3120 Hektaren gross. Die Steuerfüsse liegen gegenwärtig zwischen 120 und 130 Prozent; nach der Fusion wären es 120 Prozent. Laut Analyse wäre der Zusammenschluss unter Berücksichtigung des Fusionsbeitrags

«gut verkraftbar»; allerdings stehen in den nächsten Jahren Investitionen von total 23 Millionen Franken an.

Politisch geführt werden soll die fusionierte Gemeinde zunächst von einem Siebnervorstand mit vier Vertretern aus Cazis und dreien vom Berg. Für später strebt man ein Fünfergremium mit freiwilligem Proporz an.

### Schule sicher bis 2016 am Berg

Eine Kanzlei gäbe es nur noch in Cazis; die Verwaltungsangestellten allerdings könnten alle weiterbeschäftigt werden. In jeder Fraktion würde ein Begegnungsort beibehalten. Stark diskutiert wurde im Team die Zukunft der Schule; auf Wunsch der Berggemeinden soll der Kindergarten- und

Schulstandort Sarn/Präz bis 2015/16 bestehen bleiben. Danach plant man die Lage neu zu beurteilen. Nichts ändern würde sich auch bei den Alpen, Bürgerparzellen und Allmenden: Sie sollen weiterhin von den Landwirten aus den heutigen Gemeinden bewirtschaftet werden.

Andere Fragen sind noch zu klären, so die künftige Aufteilung der Forstaufgaben oder die Abgeltung für die Verbindungsstrasse nach Portein, die nach einer Fusion vom Kanton an die neue Gemeinde fiele. Insgesamt sind das Projektteam und alle Gemeindevorstände aber gemäss Schlussbericht schon jetzt einstimmig der Meinung, die Fusion sei gegenwärtig «der richtige Schritt in die Zukunft».

# Verwaltungsgericht muss nochmal über die Bücher

**Das Bundesgericht hat eine Beschwerde gegen das Bündner Verwaltungsgericht zweier Gemüseproduzenten teilweise gutgeheissen. Das Verwaltungsgericht hatte entschieden, Wildschäden an Erdbeerplantagen nicht zu vergüten.**

Landquart/Lausanne. – Im Winter vor drei Jahren wurden in Landquart drei mit Erdbeeren bepflanzte Felder von Rotwild heimgesucht. Den Schaden bezifferten die beiden be-

troffenen Gemüseproduzenten auf 835 000 Franken. Deshalb forderten sie vom Amt für Jagd und Fischerei Graubünden eine Vergütung in eben dieser Höhe.

Das Amt für Jagd und Fischerei lehnte ab. Dies mit der Begründung, die Erdbeeren seien teilweise in wildexponiertem Gebiet gepflanzt gewesen, und die Bewirtschafter hätten die zumutbaren Massnahmen zur Abwehr der Hirsche unterlassen. Sowohl das Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement als auch das Verwaltungsgericht Graubünden lehnten die Beschwer-

den der Geschädigten gegen den abschlägigen Bescheid ab. Beide argumentierten, die Zäune seien ungenügend gewesen und hätten die Hirsche nicht abhalten können.

### Einen Kilometer vom Wald entfernt

Das Bundesgericht beurteilt die Sache differenzierter. Gemäss dem gestern veröffentlichten Urteil lagen zwei der drei Felder bis zu 80 Meter nah am Wald. Die dritte Pflanzung hingegen, in der ein Schaden von 150 000 Franken entstanden sein soll, war knapp einen Kilometer vom Wald

entfernt. Zu dieser dritten Anbaufläche im Gebiet Obermühlenwiese hatte sich das Verwaltungsgericht nicht geäussert. Ob die Churer Richter damit lediglich gegen den Anspruch auf eine genügende Begründung verstossen oder es auch unterlassen hatten, den Sachverhalt ausreichend abzuklären, konnten die Bundesrichter nicht klären.

Auch liess sich aufgrund der Akten nicht beurteilen, ob das dritte Feld tatsächlich wildexponiert war. Weil die Vorinstanzen diese Fragen nicht geklärt hatten, hob das Bundesgericht

den Entscheid des Verwaltungsgerichts auf, soweit er die Erdbeerplantagen auf dem walddernen Grundstück betrifft.

### Weitere Abklärungen treffen

Das Verwaltungsgericht wurde angewiesen, die Begründung seines Urteils zu ergänzen und wenn notwendig weitere Abklärungen zu treffen. Den Entscheid der Vorinstanz, der Schaden an den beiden walddernen Erdbeerfeldern müsse nicht entschädigt werden, stellten die Bundesrichter nicht in Frage. (sda)

ANZEIGE



DISCOVERY 3  
**ÜBERRASCHEND VIELSEITIG.  
ÜBERRASCHEND WIRTSCHAFTLICH.  
ÜBERRASCHEND GÜNSTIG.**

Wählen Sie Interieur, Zubehör und Extras nach Ihren individuellen Vorstellungen und sparen Sie so oder so CHF 6'000.- auf den aktuellen Discovery 3-Modellen.

Jetzt bei uns:



DOSCH GARAGE AG CHUR

Kasernenstrasse 148  
Tel. 081 258 66 66  
www.doschgaragen.ch

DISCOVERY 3



\*Angebot gültig für Immatriculationen bis 30. April 2009.